

VOLKSSTIMME

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volkstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Preis monatlich für die Redaktion: 17 Pfennige, für den Abnehmer: 20 Pfennige. Druck und Vertrieb der Volkstimme durch die Druckerei von H. B. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1,25 Mark. Einzelhefte 20 Pfennige. Auslandsendung 25 Pfennige. In Halle: 10 Pfennige. In Merseburg: 10 Pfennige. In Leipzig: 10 Pfennige. In Berlin: 10 Pfennige. In Breslau: 10 Pfennige. In Wien: 10 Pfennige. In Prag: 10 Pfennige. In Budapest: 10 Pfennige. In London: 10 Pfennige. In New York: 10 Pfennige. In Paris: 10 Pfennige. In Brüssel: 10 Pfennige. In Amsterdam: 10 Pfennige. In Antwerpen: 10 Pfennige. In London: 10 Pfennige. In New York: 10 Pfennige. In Paris: 10 Pfennige. In Brüssel: 10 Pfennige. In Amsterdam: 10 Pfennige. In Antwerpen: 10 Pfennige. In London: 10 Pfennige. In New York: 10 Pfennige. In Paris: 10 Pfennige. In Brüssel: 10 Pfennige. In Amsterdam: 10 Pfennige. In Antwerpen: 10 Pfennige.

Nr. 46.

Halle, Montag, den 24. Februar 1919.

J. Jahrgang.

Beruhigung und Klärung in Bayern.

Das Finanzelend Deutschlands.

Von Wilhelm Krieger

Mit grauer Offenheit hat der Reichsfinanzminister Schiffer vor der Nationalversammlung die gegenwärtige finanzielle Lage des Deutschen Reiches geschildert. Das Bild, das er entrollte, entspricht den trübsten Wahrscheinlichkeitsberechnungen, die von Sachverständigen angefertigt worden sind. Das deutsche Volk hat bis jetzt 18 Milliarden Mark Reichsschulden auf dem Buckel. Um wieviel sich diese Zahl noch vergrößern wird, kann niemand voraussagen. Von dem neuen Kredit von 25 Milliarden entfallen 15 Milliarden auf die in den letzten Monaten gemachten Ausgaben. Es muß jetzt Indebitation erteilt werden für die ohne gesetzliche Genehmigung bei der Reichskasse eingegangene Wechselschuld Anders ausgedrückt: es muß nachträglich der 15-Milliarden-Kredit genehmigt werden, der im Oktober im Reichstag angefordert, infolge der Revolution nicht genehmigt wurde aber trotzdem flüssig gemacht werden mußte. Die weiteren 10 Milliarden stellen einen offenen Kredit dar, der bei der Reichskasse zur Verfügung steht. Ob diese Summe ausreichen wird zur Behebung aller Kosten der wüsten Demobilisierung und zur Wiederherstellung einer geordneten friedlichen Staatswirtschaft, das hängt ab von dem Zeitpunkt, an dem der Friede geschlossen wird, und von der Gestaltung unserer wirtschaftlichen Zustände in den nächsten Monaten, die aber auch wieder mit der Friedensfrage im engsten Zusammenhange stehen. Welche großen Einflüsse die Weltwirtschaft auf die Reichswirtschaft ausübt, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß der Reichsanleihe an der Erwerbslosenunterstützung im Januar 1919 auf 67 Millionen gestiegen ist gegen 17 Millionen im Dezember 1918. Dazu kommt der Anteil der Einzelstaaten und Gemeinden an diesem Aufwand!

Das vom Minister Schiffer geschilderte Bild würde noch viel trüber sein, wenn es sich zugleich auf die Finanzen der Einzelstaaten und Gemeinden erstreckte. Für die Zweck- der Kriegswirtschaftspflege, für Beamtenerhaltungszulagen, für die Dedung von Kriegsschulden (Dispreußen) haben auch die Einzelstaaten Ausgaben gemacht, die in die Milliarden gehen, an deren Dedung es aber noch fehlt. Die Lieferungsverträge haben für die von ihnen vorgehoffenen Unterlieferungen an die Familien der Kriegsteilnehmer noch Anforderungen an das Reich zu stellen, die sich gleichfalls auf drei bis vier Milliarden belaufen dürften.

Niemand weiß, wie sehr unsere Finanzlage noch beeinträchtigt werden wird durch die endgültigen Friedensbedingungen. Die Kosten der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten feindlichen Gebiete hat Deutschland zu übernehmen sich bereit erklärt. Der Geldwert dieser Verpflichtung ist auf 60 Milliarden geschätzt worden. Ob und welche finanziellen Bedingungen die feindlichen Machthaber darüber hinaus dem deutschen Volke auferlegen werden, muß abgewartet werden. Für die feindlichen Staatsmänner, die sich in ihrem Selbstgefühl noch an Rechten nützlichener Vorkriegszeit bewahrt haben, sollte es einer besonderen Verifizierung bedürfen, daß es eine Grenze gibt, bei deren Überschreitung das deutsche Volk vernünftigerweise jede vertragliche Verpflichtung ablehnen und erklären muß: macht mit mir, was euch beliebt, seid auch aber auch der Folgen bewußt!

lassen wir diese Möglichkeit zunächst außer Betracht und fragen wir, uns, wie wir finanziell weiterkommen. Wir haben uns bisher mit der Anleiheaufnahme und der Rentenpresse gelöst. Beide Mittel sind nicht mehr lange anwendbar. Für Anleiheanleihen fehlt es in den nächsten Monaten, wenn unsere Wirtschaft sich wieder auf die Friedensarbeit rüsten. Kreditschöpfung, die nötig gealterten Lager langsam wieder füllen soll, an den nötigen flüssigen Mitteln. Das Ausland wird uns solange nichts leihen, ehe wir noch keinen gerechten Wirtschaftswert wieder haben. Die Rentenpresse aber kann unmöglich immer härter angetrieben werden, wenn wir nicht binnen ganz kurzer Frist in aller Form den Bankrott anmelden wollen. Der Notenumlauf des Reiches ist von 2 Milliarden im Jahre 1914 auf 34,5 Milliarden Mitte Februar 1919 gestiegen. Ungenügend die Noten der Gemeinden, die auch auf diesem Gebiet in einen Weltlauf mit dem Reich eingetreten sind. Ehen die unbedingt notwendigste, eine Senkung der Warenpreise herbeizuführen, erfordert eine Berlangsamung des Arbeits tempos der Rentenpresse. Denn je größer die Papiergeldflut, desto geringer die Kaufkraft des Geldes.

Die größte Schwierigkeit erwächst dem Reichsfinanzminister in der nächsten Zukunft aus der Verpflichtung, die schwebende Schuld von 85 Milliarden zu bedecken. Die Geldschöpfung der Kriegszeit haben sich dies darun zugute getan, daß wir eine gute „Anleihepolitik“ trieben. Sie waren froh, daß wir, das es uns gelangen sei, unseren Geldbedarf fast völlig durch langfristige konsolidierte Anleihen zu decken, während England und Frankreich einen großen Teil ihres Geldbedarfs für Kriegszwecke durch kurzfristige schwebende Schulden bestritten. Von der Sozialdemokratie ist gegen die schwebende Verbindlichkeit unserer Kriegsanleiher in irgendeiner Weise Widerspruch erhoben worden. Nun, da

als geflirt bezeichnet werden kann. Ueber Eisners Morde und seine Motive bestehen keinerlei Zweifel mehr, während über den anderen Mordtäter noch keine volle Klarheit geschaffen ist.

Die Nachforschung nach dem Ursprung des Attentats auf Eisner hat Spuren ergeben, die darauf hindeuten, daß Eisner dem Mordtäter ein Komplott von Münchener auswärts und höheren Bourgeoisfamilien hand, das vielleicht den Grafen Tico durch das Los zur Verübung des Mordes bestimmte.

Außer in München fanden Unruhen in Augsburg und in Mannheim statt.

Nach amtlichen Meldungen, die in Weimar am Sonntag mittag aus München eingelaufen waren, ist die Rätere-gierung noch nicht proklamiert. Die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten haben sich zu einer vor-einigen sozialistischen Partei zusammengeschlossen. Im Zentralausschuß sitzen Gewerkschaftler und Sozialisten nebeneinander, nur die kommunikative Arbeit ist nicht vertreten. Eisenbahn, Post und Telephon funktionieren wieder. Auch die Witzschur klappert. Es ist beabsichtigt, den Landtag beizulassen zu lassen. Der Zentralrat soll die Gewalt in die Hände behalten, bis der Landtag die Verfassung angenommen hat; dann wird er zurücktreten.

Vollkommene Ruhe in München.

München, 23. Febr. (abends 9 Uhr). München ist vollkommen ruhig. Der Zentralrat führt vorläufig die Geschäfte der verschiedenen Bezirke des Zentralausschusses, das neue rein sozialistische Ministerium einzeln bestimmt ist. Von Montag ab wird die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Nach einer anderen Meldung sollen aus bayerische Minister, Frauenbrüder, Joffe und Förster, in das bayerische Kabinett eintreten.

Bürgerlicher Wahlwindel über die Beamten.

Wie wird mehr geschwindelt, als vor den Wahlen. Die verschiedenen Wahlen zur Nationalversammlung und zur württembergischen Landesversammlung haben dazu die tollsten Dinge geliefert. Der bürgerliche Klügel, einschließlich der Demokraten, hat fortgesetzt die Beamten mit erschütternden Märschen über die bösen Absichten der Sozialdemokraten zu ängstigen und ihre Stimmen damit für sich zu fangen geliebt. Ein Beamter hat sich deshalb in einem Briefe an den Vorwärts gemeldet. Er äußert die Durchführung der allgemeinen Wahlen die alten Eigen neu ausgegeben werden, teilen wir hier die Antwort der Reichsleitung auf diesen Brief mit:

Die Redaktion des Vorwärts überwiegt uns für Schreiben von 31. Januar zur Kenntnisnahme. Wir möchten zu Ihrer Information folgendes mitteilen: Wenn von gewisser Seite verlangt wird, unter den Beamten damit Stimmung zu machen, daß ihre Stellungen gefährdet sind und sie Gefahr laufen, entlassen und durch sozialdemokratische Beamte ersetzt zu werden, so ist das unrichtig. Allerdings muß eine sozialdemokratische Regierung darauf sehen, daß die leitenden Stellen im Staate, die für die Durchführung der allgemeinen Politik von Wichtigkeit sind (Minister und Staatssekretäre, Ober- und Regierungspräsidenten, Landräte und ähnliche Beamte), von unten besetzt sind, die nicht gegen die von der Regierung betriebene Politik arbeiten. Deshalb ist es selbstverständlich, daß diese Stellen, soweit sie bisher von reaktionären Beamten besetzt sind, deren Tätigkeit auf eine Wiedereinführung des alten Systems hinausläuft, durch Anhänger des neuen Systems ersetzt werden. Bei allen übrigen Beamten denkt die Regierung oder die Sozialdemokratische Partei gar nicht daran, ihnen irgend welche Beschränkungen ihrer öffentlichen Stellung zu machen, soweit sie nicht ihr Amt zu einer bestimmten öffentlichen Befugnis missbrauchen. Daß daneben die wirtschaftlichen Rechte und Ansprüche der Beamten auf Gehalt, Pension usw. in vollem Maße anerkannt und geschützt werden, ist selbstverständlich. Wir bitten Sie, in diesem Sinne aufklärend unter den Beamten zu wirken.

Also aufgepaßt Beamte, laßt euch nicht irren machen, glaubt nicht den Worten der bürgerlichen Parteien und ihren Vägen über die Sozialdemokratie, sondern urteilt nach ihren Taten und die zwingen euch den sozialdemokratischen Stimmgabeln in die Hand, wenn es euch daran liegt, daß die Allgemeinheit und eure persönlichen Interessen richtig gewahrt werden sollen. Weiter von euch kann an 2. März einen anderen Stimmgabel abgeben, als den, der besimmt mit dem Namen

Kreis.

Wahrlich, es geht zu bei uns, wie im fünften Akt eines Schafeparden Königsdramas. Die Bühne bedeckt sich mit Leiden und Freund und Feind werden nebeneinander aufgeführt. Neben der Spartakistischer Bedacht und Nola Burgburg liegt der Unabhängige Kurt Eisner, liegen die Mehrheitssozialisten Auer und Timm. Sind wir in ein Stadium des Terrors eingetreten, wo die geladene Pistole und die geschickte Handgranate das einzige Argument bilden?

Noch liegen die tiefsten Gründe, die zündenden Münchener Blutstätten führten, nicht zutage. Aber sonst erscheint sicher, daß der Mordanschlag auf Eisner unbedingt angegriffen werden kann als ein Akt der Konterrevolution. Wenn es der Name des Täters nicht bezeugt, der sich nicht wie der Augenminister wegen seines graflichen Namens entschuldigen wird, dann bezeugt es die Haltung der reaktionären Presse. Zeitungsorgane, wie die Deutsche Tageszeitung und die Tagliche Rundschau können mit launtem Freudenjubel kaum zurückhaften. Derselben Organe, die früher nicht genug des moralischen Missgegens aufbringen konnten, wenn an irgend einem juristischen Fehlersucht die gerechte Vergeltung gefordert wurde, sie finden kein Wort der Verurteilung über die feige Mordtat von einem Manne, der bei allen seinen Feindern doch ein Jude als nicht von reinstem Willen war, und an dessen Händen kein Tropfen Blut der Gewalt fließte. Noch ins Grab gleißt die Deutsche Tageszeitung dem toten Kurt Eisner die Lauskelbiller über sein Leben, selbst die lokale Tageszeitung der Sozialdemokratie, die die Zeit, die bei dieser Gelegenheit nicht nachlassen, was von dem Tode des Mannes, der dem Reich die Deutschen Tageszeitung an der Spitze eines Lagers, der über als Mensch mehr war, als ein Dutzend Revolutionsmänner, möge folgender Postus sein:

„Die Regierungsdies dieses Mannes war gekennzeichnet durch drei Taten: einmal seine Teilnahme am dem Ergebnis seiner Mutter auf dem sozialistischen Friedhof... Mit welsch drohendem Gewieser wird diese Gefühlsarbeit auf ostelblichen Mittelguthäfen aufgenommen werden!

Wahrlich, es geht zu bei uns, wie im fünften Akt eines Schafeparden Königsdramas. Die Bühne bedeckt sich mit Leiden und Freund und Feind werden nebeneinander aufgeführt. Neben der Spartakistischer Bedacht und Nola Burgburg liegt der Unabhängige Kurt Eisner, liegen die Mehrheitssozialisten Auer und Timm. Sind wir in ein Stadium des Terrors eingetreten, wo die geladene Pistole und die geschickte Handgranate das einzige Argument bilden?

Wahrlich, es geht zu bei uns, wie im fünften Akt eines Schafeparden Königsdramas. Die Bühne bedeckt sich mit Leiden und Freund und Feind werden nebeneinander aufgeführt. Neben der Spartakistischer Bedacht und Nola Burgburg liegt der Unabhängige Kurt Eisner, liegen die Mehrheitssozialisten Auer und Timm. Sind wir in ein Stadium des Terrors eingetreten, wo die geladene Pistole und die geschickte Handgranate das einzige Argument bilden?

Wahrlich, es geht zu bei uns, wie im fünften Akt eines Schafeparden Königsdramas. Die Bühne bedeckt sich mit Leiden und Freund und Feind werden nebeneinander aufgeführt. Neben der Spartakistischer Bedacht und Nola Burgburg liegt der Unabhängige Kurt Eisner, liegen die Mehrheitssozialisten Auer und Timm. Sind wir in ein Stadium des Terrors eingetreten, wo die geladene Pistole und die geschickte Handgranate das einzige Argument bilden?

Wahrlich, es geht zu bei uns, wie im fünften Akt eines Schafeparden Königsdramas. Die Bühne bedeckt sich mit Leiden und Freund und Feind werden nebeneinander aufgeführt. Neben der Spartakistischer Bedacht und Nola Burgburg liegt der Unabhängige Kurt Eisner, liegen die Mehrheitssozialisten Auer und Timm. Sind wir in ein Stadium des Terrors eingetreten, wo die geladene Pistole und die geschickte Handgranate das einzige Argument bilden?

Zu den Gemeindevahlen.

Die Gemeindevahlen finden an dem nächsten Sonntag statt, in den meisten Gemeinden unseres Bezirkes, wie in Halle, am 2. März. Der Verlauf der Wahlen wird eine Probe sein für die sozialistische Arbeit der Wähler und Wählerinnen. Wer immerzu von Sozialisierung redet und dabei an die Gemeindevahlen nicht denkt, der steht den Wählern vor lauter Bäumen nicht. Die nächsten, wichtigsten Aufgaben des Sozialismus sind auf dem Gebiet der Gemeindepolitik zu leisten, und da hier die Bildung sozialistischer Parteien nichts im Wege steht, ergibt sich für unser positives Schaffen für eine neue Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung freie Bahn.

Das ergibt uns Verantwortung gegenüber dem Bann der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse. Für unflares Schmarrenmüßigkeit ist hier kein Platz, die wägende Bemühung, die den Erfolg aller Maßnahmen voraussetzt, muß den Ausschlag geben. Jegliche Experimente, die den bürgerlichen Gegnern Gelegenheit geben, „sozialistischer Mißwirtschaft“ zu reden und damit neuen Anhang zu werben, würden die Aufgaben des Sozialismus im ganzen Reich verfehlern.

Wir brauchen eine stoffliche, praktisch rechnende, organisatorisch überlegene sozialistische Gemeindepolitik, die nur von der alten Sozialdemokratischen Partei geleitet werden kann.

Möge darum jeder in seinen Kreisen dafür sorgen, daß der Tag der Gemeindevahlen zu einem Ehren- und Tag für die Sozialdemokratie auch unseres Bezirkes wird.

Soziales und Provinziales.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Halle, 24. Februar 1919.

Zur Verhaftung des Leutnants Gerchland.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich eingehend mit dem Fall Gerchland beschäftigt und erläßt dazu folgende Erklärung:

1. Bei Aufnahme des Leutnants Gerchland am 22. Februar: Der Soldatenrat der Garnison Halle protestiert entschieden gegen die ungesetzliche Verhaftung des Militärbehörden-Leutnants Gerchland und fordert im Interesse der Gerechtigkeit und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt Halle unumwunden seine Freilassung.

2. Zu den Verhaftungsbedingungen der hier. Freize, namentlich der falschen Zeitung und Volksstimme, erklärt der A. u. S. Rat:

a) Da der von uns eingeleitete Kampf des A. u. S. Rat rechtschaffen befindet sich eine Eintragung über Verhaftung nicht. Die Meldung, daß J. wegen schwerer Untergehensbeleidigung mit Arrest vorbestraft worden ist, kann also den Tatsachen nicht entsprechen. Inwiefern würde die Verhaftung in der Rangliste vermerkt werden.

b) Der weiteren Verhaftung, mit der Arrestkarte fände im Zusammenhang die Strafverfolgung nach Halle, stehen folgende Tatsachen entgegen: Ausweislich der Rangliste ist A. u. S. Rat in ein elf Soldaten und Gefolgten im Westen und Osten beurlaubt worden; er ist mehrmals verwundet worden, einmal schwer. Er erhielt am 26. u. 17. des G. R. 1. und wurde gemäß Verfügung vom 9. 10. 17 nur zur Dienstleistung hinter der Front verwendet werden, entsprechend einem Antrag seiner Eltern, der gestellt worden war, weil zwei der Brüder Gerchlands bereits im Felde gefallen waren. Aus diesen Gründen wird auch die Verlegung Gerchlands in die Heimat gestattet sein.

c) Dem A. u. S. Rat ist nichts davon bekannt, daß Gerchland der russisch-bolschewistischen Agitation für und Tor geöffnet hätte. Eine solche Tätigkeit hätte unbedingt bemerkt werden müssen, da Gerchland selbst ständig in der Inf.-Kaserne I gemeldet hat. Wahrscheinlich, daß Gerchland in Uebereinstimmung mit dem Gesamtstandes des A. u. S. Rats bereits formell gemeldet ist, als Angehöriger der Militär-Kommission. Maßnahmen zu treffen, um Ausschreitungen und Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung zu verhindern.

d) Reichsminister Noske hat dem Vorstehen des A. u. S. Rats bei einer Unterredung am Freitag erklärt, daß er die Verhaftung Gerchlands nicht veranlaßt habe, daß er vom Kommando der Garnison Halle die Verhaftung nach seiner Ansicht eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften darstellt, nach denen Verhaftungen nur durch Richter vorzunehmen sind. e) Die Verhaftung Gerchlands ist nach einwandfreien Zeugenaussagen nicht durch auswärtige Kriminalbeamte erfolgt, sondern im Gerichtsgebäude der S. Inf.-Division, gegen welche die Verhaftung der Garnison Halle vorgenommen wurde, und durch Uniformierte, die anscheinend dem Freiw.-Landesjäger-Korps Weimar angehören. An der Festnahme war Oberleutnant Kornemann d. V. d. Inf.-Regt. 75 herangezogen beteiligt.

f) Zur Charakteristik des „Spartalists“ Hartung ist folgendes zu bemerken: Hartung hat sich vor früher als Spartalist ausgegeben, er gehörte aus einmal der I. Sicherheitskompanie an, ist aber dort wegen Unordentlichkeiten ausgeschieden worden. Auf Grund der eigenen Angabe Hartungs steht fest, daß er Anfang Februar an A. u. S. R. Gerchland einen Verhaftungsbescheid erteilt hat und, da dieser erfolglos geblieben war, leit 16. 2. 19. zu den Artillerie-Offizieren Hauptmann Birk und Leutnant Schmidt in Verbindung mit dem Reichsminister Noske, daß die Verhaftung Gerchlands seit Anfang des Monats betrieben haben, daß also Leutnant Schmidt, Mitglied des erweiterten Soldaten-Rates, in der öffentlichen Soldatenrats-Sitzung am 20. 2. 19. mündlich die Unnahbarkeit geäußert hat, als er ehrenvollig verabschiedet, ihm sei von Verhaftungsmaßnahmen gegen Gerchland nichts bekannt.

g) Feststehende Tatsache ist außerdem, daß die beiden genannten Artillerie-Offiziere der Garnison Halle, die Verhaftung Gerchlands seit Anfang des Monats betrieben haben, daß also Leutnant Schmidt, Mitglied des erweiterten Soldaten-Rates, in der öffentlichen Soldatenrats-Sitzung am 20. 2. 19. mündlich die Unnahbarkeit geäußert hat, als er ehrenvollig verabschiedet, ihm sei von Verhaftungsmaßnahmen gegen Gerchland nichts bekannt.

h) Die Verhaftung des Arbeiters und Soldatenrates, gez. Chemnitz, Kiffen, Platen, Haned.

Der Soldatenrat selbst gibt dazu nach folgende authentische Darstellung:

Die angeführten Ermittlungen des Soldatenrates in der Angelegenheit Gerchlands hatten folgendes Ergebnis:

1. Am 2. März wurde am Generalstab der Garde-Schützen-Division ein Befehl erteilt, daß der Leutnant Gerchland in die Garnison Halle zu versetzen und dort in der Infanterie-Kaserne I gemeldet zu werden. Ein Befehl wurde auch erteilt, daß der Leutnant Gerchland in die Garnison Halle zu versetzen und dort in der Infanterie-Kaserne I gemeldet zu werden.

Eine Untersuchungskommission des Soldaten- und Arbeiterrates hat sich nach Berlin zur Aufklärung der Angelegenheit begeben und wird nach Rückkehr sofort Bericht erstatten.

Der Soldatenrat der Stadt Halle, gez. Adler, Danel, Platen, Wolff, wiederholt in Erklärungen anerkennen Leutnant Schmidt und Hauptmann Birk folgende Erklärung ab:

Wir sind vom A. u. S. Rat in Halle in maßloser Weise angegriffen worden. Aus Schmach lösen wir gegen die uns anerkennen Kommittee Verabredung ein.

Es wird behauptet, dem A. u. S. Rat sei nichts davon bekannt, daß Gerchland der russisch-bolschewistischen Agitation für und Tor geöffnet hätte. Eine solche Tätigkeit hätte unbedingt bemerkt werden müssen, da Gerchland selbst ständig in der Infanterie-Kaserne I gemeldet hat. Wahrscheinlich, daß Gerchland in Uebereinstimmung mit dem Gesamtstandes des A. u. S. Rats bereits formell gemeldet ist, als Angehöriger der Militär-Kommission. Maßnahmen zu treffen, um Ausschreitungen und Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung zu verhindern.

Der Reichsminister Noske hat dem Vorstehen des A. u. S. Rats bei einer Unterredung am Freitag erklärt, daß er die Verhaftung Gerchlands nicht veranlaßt habe, daß er vom Kommando der Garnison Halle die Verhaftung nach seiner Ansicht eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften darstellt, nach denen Verhaftungen nur durch Richter vorzunehmen sind.

Die Verhaftung Gerchlands ist nach einwandfreien Zeugenaussagen nicht durch auswärtige Kriminalbeamte erfolgt, sondern im Gerichtsgebäude der S. Inf.-Division, gegen welche die Verhaftung der Garnison Halle vorgenommen wurde, und durch Uniformierte, die anscheinend dem Freiw.-Landesjäger-Korps Weimar angehören.

An der Festnahme war Oberleutnant Kornemann d. V. d. Inf.-Regt. 75 herangezogen beteiligt.

Zur Charakteristik des „Spartalists“ Hartung ist folgendes zu bemerken: Hartung hat sich vor früher als Spartalist ausgegeben, er gehörte aus einmal der I. Sicherheitskompanie an, ist aber dort wegen Unordentlichkeiten ausgeschieden worden.

Auf Grund der eigenen Angabe Hartungs steht fest, daß er Anfang Februar an A. u. S. R. Gerchland einen Verhaftungsbescheid erteilt hat und, da dieser erfolglos geblieben war, leit 16. 2. 19. zu den Artillerie-Offizieren Hauptmann Birk und Leutnant Schmidt in Verbindung mit dem Reichsminister Noske, daß die Verhaftung Gerchlands seit Anfang des Monats betrieben haben, daß also Leutnant Schmidt, Mitglied des erweiterten Soldaten-Rates, in der öffentlichen Soldatenrats-Sitzung am 20. 2. 19. mündlich die Unnahbarkeit geäußert hat, als er ehrenvollig verabschiedet, ihm sei von Verhaftungsmaßnahmen gegen Gerchland nichts bekannt.

g) Feststehende Tatsache ist außerdem, daß die beiden genannten Artillerie-Offiziere der Garnison Halle, die Verhaftung Gerchlands seit Anfang des Monats betrieben haben, daß also Leutnant Schmidt, Mitglied des erweiterten Soldaten-Rates, in der öffentlichen Soldatenrats-Sitzung am 20. 2. 19. mündlich die Unnahbarkeit geäußert hat, als er ehrenvollig verabschiedet, ihm sei von Verhaftungsmaßnahmen gegen Gerchland nichts bekannt.

h) Die Verhaftung des Arbeiters und Soldatenrates, gez. Chemnitz, Kiffen, Platen, Haned.

Der Soldatenrat selbst gibt dazu nach folgende authentische Darstellung:

Die angeführten Ermittlungen des Soldatenrates in der Angelegenheit Gerchlands hatten folgendes Ergebnis:

1. Am 2. März wurde am Generalstab der Garde-Schützen-Division ein Befehl erteilt, daß der Leutnant Gerchland in die Garnison Halle zu versetzen und dort in der Infanterie-Kaserne I gemeldet zu werden. Ein Befehl wurde auch erteilt, daß der Leutnant Gerchland in die Garnison Halle zu versetzen und dort in der Infanterie-Kaserne I gemeldet zu werden.

2. Zu den Verhaftungsbedingungen der hier. Freize, namentlich der falschen Zeitung und Volksstimme, erklärt der A. u. S. Rat:

a) Da der von uns eingeleitete Kampf des A. u. S. Rat rechtschaffen befindet sich eine Eintragung über Verhaftung nicht. Die Meldung, daß J. wegen schwerer Untergehensbeleidigung mit Arrest vorbestraft worden ist, kann also den Tatsachen nicht entsprechen. Inwiefern würde die Verhaftung in der Rangliste vermerkt werden.

b) Der weiteren Verhaftung, mit der Arrestkarte fände im Zusammenhang die Strafverfolgung nach Halle, stehen folgende Tatsachen entgegen: Ausweislich der Rangliste ist A. u. S. Rat in ein elf Soldaten und Gefolgten im Westen und Osten beurlaubt worden; er ist mehrmals verwundet worden, einmal schwer. Er erhielt am 26. u. 17. des G. R. 1. und wurde gemäß Verfügung vom 9. 10. 17 nur zur Dienstleistung hinter der Front verwendet werden, entsprechend einem Antrag seiner Eltern, der gestellt worden war, weil zwei der Brüder Gerchlands bereits im Felde gefallen waren. Aus diesen Gründen wird auch die Verlegung Gerchlands in die Heimat gestattet sein.

c) Dem A. u. S. Rat ist nichts davon bekannt, daß Gerchland der russisch-bolschewistischen Agitation für und Tor geöffnet hätte. Eine solche Tätigkeit hätte unbedingt bemerkt werden müssen, da Gerchland selbst ständig in der Inf.-Kaserne I gemeldet hat. Wahrscheinlich, daß Gerchland in Uebereinstimmung mit dem Gesamtstandes des A. u. S. Rats bereits formell gemeldet ist, als Angehöriger der Militär-Kommission. Maßnahmen zu treffen, um Ausschreitungen und Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung zu verhindern.

d) Reichsminister Noske hat dem Vorstehen des A. u. S. Rats bei einer Unterredung am Freitag erklärt, daß er die Verhaftung Gerchlands nicht veranlaßt habe, daß er vom Kommando der Garnison Halle die Verhaftung nach seiner Ansicht eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften darstellt, nach denen Verhaftungen nur durch Richter vorzunehmen sind. e) Die Verhaftung Gerchlands ist nach einwandfreien Zeugenaussagen nicht durch auswärtige Kriminalbeamte erfolgt, sondern im Gerichtsgebäude der S. Inf.-Division, gegen welche die Verhaftung der Garnison Halle vorgenommen wurde, und durch Uniformierte, die anscheinend dem Freiw.-Landesjäger-Korps Weimar angehören. An der Festnahme war Oberleutnant Kornemann d. V. d. Inf.-Regt. 75 herangezogen beteiligt.

f) Zur Charakteristik des „Spartalists“ Hartung ist folgendes zu bemerken: Hartung hat sich vor früher als Spartalist ausgegeben, er gehörte aus einmal der I. Sicherheitskompanie an, ist aber dort wegen Unordentlichkeiten ausgeschieden worden. Auf Grund der eigenen Angabe Hartungs steht fest, daß er Anfang Februar an A. u. S. R. Gerchland einen Verhaftungsbescheid erteilt hat und, da dieser erfolglos geblieben war, leit 16. 2. 19. zu den Artillerie-Offizieren Hauptmann Birk und Leutnant Schmidt in Verbindung mit dem Reichsminister Noske, daß die Verhaftung Gerchlands seit Anfang des Monats betrieben haben, daß also Leutnant Schmidt, Mitglied des erweiterten Soldaten-Rates, in der öffentlichen Soldatenrats-Sitzung am 20. 2. 19. mündlich die Unnahbarkeit geäußert hat, als er ehrenvollig verabschiedet, ihm sei von Verhaftungsmaßnahmen gegen Gerchland nichts bekannt.

g) Feststehende Tatsache ist außerdem, daß die beiden genannten Artillerie-Offiziere der Garnison Halle, die Verhaftung Gerchlands seit Anfang des Monats betrieben haben, daß also Leutnant Schmidt, Mitglied des erweiterten Soldaten-Rates, in der öffentlichen Soldatenrats-Sitzung am 20. 2. 19. mündlich die Unnahbarkeit geäußert hat, als er ehrenvollig verabschiedet, ihm sei von Verhaftungsmaßnahmen gegen Gerchland nichts bekannt.

h) Die Verhaftung des Arbeiters und Soldatenrates, gez. Chemnitz, Kiffen, Platen, Haned.

Der Soldatenrat selbst gibt dazu nach folgende authentische Darstellung:

Die angeführten Ermittlungen des Soldatenrates in der Angelegenheit Gerchlands hatten folgendes Ergebnis:

1. Am 2. März wurde am Generalstab der Garde-Schützen-Division ein Befehl erteilt, daß der Leutnant Gerchland in die Garnison Halle zu versetzen und dort in der Infanterie-Kaserne I gemeldet zu werden. Ein Befehl wurde auch erteilt, daß der Leutnant Gerchland in die Garnison Halle zu versetzen und dort in der Infanterie-Kaserne I gemeldet zu werden.

* Große Arbeiterrats-Sitzung am Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Volkspark unter Teilnahme der Gewerkschaftsvereine und industriellen und gewerblichen Betriebsvertrauensleute. Tagesordnung: Stellungnahme zum Generalstreik der Bergarbeiter Mitteldeutschlands.

Wiederholung. In einem Runderlaufe an die Regierungspräsidenten wendet sich der Staatsminister für die Wohnungswesen gegen die Aufhebung, die die Mietpreisbegrenzung vom 23. September 1918 auf das Verhältnis wähliger Mieter, keine Anwendung finde. Sinn und Wortlaut der Verordnung böten zu dieser Aufhebung keine Veranlassung. Da von verschiedenen Seiten, besonders den Vertretern der Mieter, verlangt wurde, daß die ungeschützten Mieterleistungen bei Vermietungen an neue Mieter überhöhen nehmen und daß § 6 der Mietpreisverordnung vom 23. September 1918 eine brauchbare Handhabe zur Bestimmung dieses des Gesamtpreises der Mieten für bestmögliche Anmietungen nicht bietet, ist eine Erhebung nach den Erfahrungen veranlaßt, die in den Gemeinden gemacht worden sind, welche die Befugnisse aus § 6 der Mietpreisverordnung befragen.

Ledigenheime.

Von Fritz M. Möbius-Halle.

Stadterwerbungsamt.

Schon vor dem Kriege war es für die Angehörigen lediger, eine geeignete Wohnung zu finden.

Die mündlichen Angehörigen suchen Ersatz für die im Hause mangelnde Behaglichkeit in Kaffee- und Wirtshäusern und die dort herrschende Oberflächlichkeit erwidert den gelunden Kern ihres Wesens.

Selbstverständlich aber werden die weiblichen Angehörigen von der Behaglichkeit und ländlich-jugendlichen Wohnungen der Aussicht und Hoffnung auf eigene, glückliche Hauswirtschaft und empfinden doppelt förmlich die Fremdbildung und Kälte des möblierten Zimmers, das häufig nur eine Schlafstelle ist, weil hohe Zimmerpreise und höchstens Gehalt nur schwer in Einklang zu bringen läßt.

Der Kriege hat die Not noch unerhöht verschärft. Wohnungen und erwartet. Jünger und Jünger sind in die Städte häufig längere Zeit in Großstädten wohnen müssen und unerschwingliche Preise werden für möblierte Zimmer gefordert. Wie auf allen anderen Gebieten, so macht sich auch hier offenkundig Gemeinnützigkeit der gewerkschaftlichen Mietervereine breit.

Kein Raum für den ledigen Arbeiter, der seinen häuslichen Kreis verlassen hat, als die Zeit zu verstreichen, bis die dem Arbeiter „eigentlich“ nicht nötig habe, man ihr gewissermaßen Dank schulde, bei der wohnen zu dürfen und ihre Nachbarin für ein solches Zimmer einen viel höheren Preis bekomme.

Die mündlichen Angehörigen suchen Ersatz für die im Hause mangelnde Behaglichkeit in Kaffee- und Wirtshäusern und die dort herrschende Oberflächlichkeit erwidert den gelunden Kern ihres Wesens.

Selbstverständlich aber werden die weiblichen Angehörigen von der Behaglichkeit und ländlich-jugendlichen Wohnungen der Aussicht und Hoffnung auf eigene, glückliche Hauswirtschaft und empfinden doppelt förmlich die Fremdbildung und Kälte des möblierten Zimmers, das häufig nur eine Schlafstelle ist, weil hohe Zimmerpreise und höchstens Gehalt nur schwer in Einklang zu bringen läßt.

Der Kriege hat die Not noch unerhöht verschärft. Wohnungen und erwartet. Jünger und Jünger sind in die Städte häufig längere Zeit in Großstädten wohnen müssen und unerschwingliche Preise werden für möblierte Zimmer gefordert. Wie auf allen anderen Gebieten, so macht sich auch hier offenkundig Gemeinnützigkeit der gewerkschaftlichen Mietervereine breit.

Kein Raum für den ledigen Arbeiter, der seinen häuslichen Kreis verlassen hat, als die Zeit zu verstreichen, bis die dem Arbeiter „eigentlich“ nicht nötig habe, man ihr gewissermaßen Dank schulde, bei der wohnen zu dürfen und ihre Nachbarin für ein solches Zimmer einen viel höheren Preis bekomme.

Die mündlichen Angehörigen suchen Ersatz für die im Hause mangelnde Behaglichkeit in Kaffee- und Wirtshäusern und die dort herrschende Oberflächlichkeit erwidert den gelunden Kern ihres Wesens.

Selbstverständlich aber werden die weiblichen Angehörigen von der Behaglichkeit und ländlich-jugendlichen Wohnungen der Aussicht und Hoffnung auf eigene, glückliche Hauswirtschaft und empfinden doppelt förmlich die Fremdbildung und Kälte des möblierten Zimmers, das häufig nur eine Schlafstelle ist, weil hohe Zimmerpreise und höchstens Gehalt nur schwer in Einklang zu bringen läßt.

Der Kriege hat die Not noch unerhöht verschärft. Wohnungen und erwartet. Jünger und Jünger sind in die Städte häufig längere Zeit in Großstädten wohnen müssen und unerschwingliche Preise werden für möblierte Zimmer gefordert. Wie auf allen anderen Gebieten, so macht sich auch hier offenkundig Gemeinnützigkeit der gewerkschaftlichen Mietervereine breit.

Kein Raum für den ledigen Arbeiter, der seinen häuslichen Kreis verlassen hat, als die Zeit zu verstreichen, bis die dem Arbeiter „eigentlich“ nicht nötig habe, man ihr gewissermaßen Dank schulde, bei der wohnen zu dürfen und ihre Nachbarin für ein solches Zimmer einen viel höheren Preis bekomme.

Die mündlichen Angehörigen suchen Ersatz für die im Hause mangelnde Behaglichkeit in Kaffee- und Wirtshäusern und die dort herrschende Oberflächlichkeit erwidert den gelunden Kern ihres Wesens.

Selbstverständlich aber werden die weiblichen Angehörigen von der Behaglichkeit und ländlich-jugendlichen Wohnungen der Aussicht und Hoffnung auf eigene, glückliche Hauswirtschaft und empfinden doppelt förmlich die Fremdbildung und Kälte des möblierten Zimmers, das häufig nur eine Schlafstelle ist, weil hohe Zimmerpreise und höchstens Gehalt nur schwer in Einklang zu bringen läßt.

Der Kriege hat die Not noch unerhöht verschärft. Wohnungen und erwartet. Jünger und Jünger sind in die Städte häufig längere Zeit in Großstädten wohnen müssen und unerschwingliche Preise werden für möblierte Zimmer gefordert. Wie auf allen anderen Gebieten, so macht sich auch hier offenkundig Gemeinnützigkeit der gewerkschaftlichen Mietervereine breit.

Kein Raum für den ledigen Arbeiter, der seinen häuslichen Kreis verlassen hat, als die Zeit zu verstreichen, bis die dem Arbeiter „eigentlich“ nicht nötig habe, man ihr gewissermaßen Dank schulde, bei der wohnen zu dürfen und ihre Nachbarin für ein solches Zimmer einen viel höheren Preis bekomme.

Die mündlichen Angehörigen suchen Ersatz für die im Hause mangelnde Behaglichkeit in Kaffee- und Wirtshäusern und die dort herrschende Oberflächlichkeit erwidert den gelunden Kern ihres Wesens.

Selbstverständlich aber werden die weiblichen Angehörigen von der Behaglichkeit und ländlich-jugendlichen Wohnungen der Aussicht und Hoffnung auf eigene, glückliche Hauswirtschaft und empfinden doppelt förmlich die Fremdbildung und Kälte des möblierten Zimmers, das häufig nur eine Schlafstelle ist, weil hohe Zimmerpreise und höchstens Gehalt nur schwer in Einklang zu bringen läßt.

